

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für Wirtschaft

wp-sekretariat@seco.admin.ch

26. August 2026

Änderung der KFZ-Verordnung und der Preisbekanntgabeverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Mai 2026 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeugsektor (KFZ-Verordnung, KFZV) vom 29. November 2023 (SR 251.6) sowie der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (Preisbekanntgabeverordnung, PBV) vom 11. Dezember 1978 (SR 942.211) eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er äussert sich dazu wie folgt:

1. Anpassung der KFZV

Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Wettbewerb im Automarkt gewährleistet ist und es wettbewerbsrechtlich nicht angezeigt ist, Anbietern (Herstellern, Generalimporteuren) ein bestimmtes Vertriebsmodell vorzuschreiben. Gleichzeitig anerkennt der Regierungsrat, dass der Druck auf die unabhängigen Garagen zugenommen hat und Agenturmodelle zunehmende Verbreitung finden. Deshalb begrüsst der Regierungsrat, dass der Entwurf des Bundesrats in Abweichung zur (22.3838) Motion "Schutz vor der einseitigen Einführung des Agenturmodells im KFZ-Markt" von Nationalrat Niklaus-Samuel Gugger anstelle einer Änderung des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG) vom 6. Oktober 1995 (SR 251) eine Änderung der KFZV vorsieht. Mit der Änderung wird klargestellt, dass angemessene Kündigungsfristen gemäss heutigem Art. 8 KFZV für sämtliche konzernfremde Dritte gelten, also namentlich auch für "echte" Agenten. Die Anpassung wirkt sich mit Blick auf die Branche insgesamt positiv auf die Rechts- und Planungssicherheit aus. Der Regierungsrat stimmt dieser Änderung zu.

2. Anpassung der PBV

Der Regierungsrat begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagene Ergänzung der PBV zur Umsetzung der (22.4544) Motion "Versteckte Quersubventionierungen beim Automobileasing. Fehlende Kostentransparenz" von Nationalrat Gerhard Pfister. Es wird als zielführend angesehen, dass die bekannt zu gebenden, preisbezogenen Informationen bei Leasing und Werbung explizit festgehalten werden. Der Regierungsrat stimmt dieser Änderung zu.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin